

Sitzung des Beirats Östliche Vorstadt
vom 20.08.2019
Bunkerabbruch Friedrich-Karl-Straße

Protokoll

Anwesend

vom Beirat	Partei	Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt	Gäste
Alexandra Werwath	GRÜNE	Hellena Harttung (Ortsamtsleitung)	Herr Rasem Ingenieurbüro Rasem
Steffen Eilers		Manuela Jagemann (Protokoll)	Herr Kommer (GEG)
Irmgard Lindenthal		Armin Willkomm (Protokoll)	Frau Pape, SKUMS Grünordnung
Harald Klussmeier			Herr Viering, SKUMS Stadtplanung
Sona Terlohr			Herr Pfisterer (Fa. Hamburg Team)
Annika Port	DIE LINKE		Herr Schuster (Anwohner Brokstr.)
Helmut Kersting			
Birgit Menz			
Christina Maria Müller			
Anke Kozlowski	SPD		
Janne Herzog			
Peter Kadach	CDU		
Klaus-Peter Jonitz			
Stefan Schafheitlin-Derstadt	LiV		
Aaron Teckemeier	Die PARTEI		
Jürgen Schultz	FDP		

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Tagesordnung:

1. Informationen zum geplanten Abbruch des Bunkers an der Friedrich-Karl-Straße
2. Konstituierung der Ausschüsse des Beirats Östliche Vorstadt
3. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
4. Verschiedenes

Frau Harttung begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Informationen zum geplanten Abbruch des Bunkers an der Friedrich-Karl-Straße

Herrn Kommer von der Grundstücksentwicklung Klinikum Mitte (GEG), erläutert den Grund für den Bunkerabbruch:

Es handelt sich um ein Grundstück auf dem Neuen Hulsberg Gelände, das für ein künftiges Wohngebäude für eine Baugemeinschaft sowie eine Quartiersgarage freigeräumt werden muss.

Herrn Rasem vom Ingenieurbüro Rasem (IBR) wurde mit der Planung des Bunkerabbruchs beauftragt; er stellt die Abläufe und die möglichen Abbruchverfahren vor. Er beschreibt den Bunker und seinen derzeitigen Zustand.

Gemeinsam mit Frau Pape von der Grünordnung der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) wird erläutert, welche Bäume im Bestand erhalten und welche gefällt werden müssen. Nach Abschluss der Bauarbeiten werden Nachpflanzungen erfolgen.

Herr Rasem beschreibt die Auswirkungen des Abbruchs auf die Umgebung:

Erschütterungen

- Vor dem Abbruch gibt es ein Beweissicherungsverfahren, eventuelle Schäden werden vom Bauherrn behoben
- Es gibt verschiedene Abbruchverfahren, die ein unterschiedliches Maß an Erschütterungen verursachen
- Messungen kontrollieren die Erschütterungsauswirkungen
- Werden ggf. Grenzwerte überschritten, kommt es zur Anpassung des Verfahrens bzw. ggf. wird das Verfahren gewechselt

Lärm

- Es wird ein Lärmschutzgerüst eingesetzt (dreiseitig, die Nordseite bleibt als Baustellenzufahrt frei)
- Bei zu starker Lärmentwicklung ggf. Anpassung oder Änderung des Verfahrens

Staub

- Nutzung des Lärmschutzgerüsts auch als Staubschutz
- Intensive Befeuchtung
- Abbruch in den Wintermonaten erstrebt

Verkehr

- Zuwegung zur Baustelle über das Klinikgelände und die Bismarckstraße
- Festgelegte Abfahrzeiten je nach Anfall von Abbruchgut
- Vermeidung von Dauerbelastung zugunsten geplanter Entsorgungsfahrten

Herr Rasem stellt im Folgenden verschiedene Abbruchverfahren mit Ihren Vor- und Nachteilen vor:

- Stemmhammer
Einfach und universell einsetzbar, sehr lärm- und staubintensiv
- Abbruchschere
Geringe Lärm- und Staubbelastung, nicht für Fundamente und sehr dicke Bauteile geeignet
- Lockerungssprengungen
Geringe Erschütterungs- und Lärmbelastung, auch für Fundament geeignet. Lärmintensive Bohrungen. Statik des Gebäudes bleibt erhalten. → nur ergänzendes Verfahren
- Fräsverfahren
Vibrations- und geräuscharm, störanfällig und langsam → gut geeignet für Fundamente
- Schneiden und Sägen
Lärmintensiv und teuer, hoher Wasserverbrauch

Für den Abbruch werden in der Regel Verfahren kombiniert.

Bauschutt

- 3.400 m³ Material, die ca. ca. 320 LKW-Ladungen entsprechen
- Der Beton könne komplett recycelt werden, es werde keine zusätzliche Zerkleinerung des Materials vor Ort erforderlich sein

Schadstoffe

Es gebe einen belasteten Außenanstrich, der durch Fräsen abgetragen werde. Hierfür wird der Bunker von 4 Seiten eingerüstet.

Kampfmittel

Die Baumaßnahme werde bei den Arbeiten unter Bodenniveau durch den Kampfmittelräumdienst begleitet, es gebe derzeit keine Hinweise auf Bomben o. ä.

Ansprechpartner

Während der gesamten Bauphase bekommen die Anwohner*innen dauerhaft Telefonnummern von Ansprechpartnern auf der Baustelle sowie beim Ingenieurbüro zur Verfügung gestellt
Voraussichtliche Dauer der Maßnahme seien 4-5 Monate. Der Beginn der tatsächlichen Abbrucharbeiten sei derzeit für Dezember 2019 geplant. Vorab gelte es, die notwendige Genehmigung zu erhalten. Danach sei die Ausschreibung und die Auswahl des Abbruchunternehmens vorgesehen. Von den Angeboten der Firmen sei auch abhängig, welche Abbruchverfahren zum Einsatz kämen.

Herr Schuster, ein Anwohner aus der Brokstraße berichtet von den Abbrucharbeiten des dortigen Bunkers. Schäden, die durch die Abbrucharbeiten entstanden sind, seien anstandslos beseitigt worden. Wichtig sei das Beweissicherungsverfahren mit eingehender Begutachtung der angrenzenden Gebäude. Die größte Belastung sei durch die Arbeiten mit dem Stemmhammer entstanden. Die Lockerungssprengungen seien hingegen weniger belastend und zeitlich begrenzt gewesen. Von großer Bedeutung seien laut Herrn Schuster intensive Begleitung durch die Behörden und die Erteilung von Auflagen für den Abbruchprozess gewesen. Das hohe Lärmschutzgerüst habe gewirkt und dazu geführt, dass auch die Staubentwicklung gut unter Kontrolle gehalten werden konnte.

Herr Viering von der Stadtplanung der SKUMS berichtet von den Erfahrungen der Behörden mit den Bunkerabbrüchen in der Braunschweiger Straße und der Brokstraße. In der Braunschweiger Straße habe man sich seiner Zeit gegen Lockerungssprengungen entschieden, was sich als großer Fehler herausgestellt habe. In der Folge kam es zu Verzögerungen und dadurch Abbrucharbeiten in den Sommermonaten, dem Einsatz von schwerem Gerät und einem langwierigen Abbruch mit hoher Staubentwicklung und folglich einer hohen Belastung für die Anwohner. Hingegen sei der Abbruch in der Brokstraße entsprechend dem Bericht von Herrn Schuster wesentlich angenehmer und unkomplizierter verlaufen. Man solle sich nicht von dem Begriff der „Lockerungssprengungen“ abschrecken lassen.

Fragen von Anwohner*innen und aus dem Beirat:

1. Sollten nicht alle dort stehenden Bäume als erhaltenswert gekennzeichnet werden?

Der Beirat wird daraufhin wirken, dass der Baumbestand weit möglichst erhalten wird.

2. Wir wohnen in einem über 100 Jahre alten Haus ohne Betonfundament. Wie gefährlich sind die zu erwartenden Erschütterungen vor diesem Hintergrund?

- Gutachter führen die Beweissicherung präventiv durch. Bei größeren Schäden, die ggf. während der Bauarbeiten eintreten, müssen die Abbruchverfahren angepasst werden.
3. Zeitliche Begrenzung der Baumaßnahmen? / Kann jetzt schon ein Zeitplan erstellt werden?
Es sollen zeitliche Begrenzungen für die Arbeiten und zusätzlich spezielle Zeitfenster für besonders emissionsreiche Maßnahmen geben, eine Abend- und Nachtruhe, sowie die Ruhe an den Wochenenden. Ein konkreter Zeitplan könne in dieser Sitzung noch nicht erarbeitet werden, da zunächst die Abbruchfirma und die zum Einsatz kommenden Verfahren feststehen müssten. Dies werde in einer Anwohnerversammlung vor Beginn der Abbruchmaßnahme geklärt werden.
 4. Wie und in welchem Radius wird die Beweissicherung vorgenommen?
Derzeit läuft eine Ausschreibung für die Beweissicherung, für welche drei Büros staatlich vereidigter Sachverständiger im Wettbewerb stünden. Beweissicherung erfolge von innen und außen durch Fotos bei naheliegenden und Fassadenfotos bei entfernteren Gebäuden. Der Gutachter lege fest, welche Gebäude für die innere und äußere Begutachtung in Frage kommen. Für die Festlegung des zu begutachtendem Radius werde eine Erschütterungsprognose erstellt. Der Bauherr habe ein Interesse daran, eine gute Beweislage zu haben.
 5. Wie Lärmintensiv sind die Lockerungssprengungen?
Lockerungssprengungen seien nicht besonders lärmintensiv, jedoch würden Erschütterungen wahrzunehmen sein. Sprengungen würden zu bestimmten vorab kommunizierten Zeiten vorgenommen.
 6. Ist der Beton wirklich sauber? Es werde ja mit viel Wasser gearbeitet – nicht, dass Schadstoffe in den Boden sickern.
Der Beton sei untersucht worden, er sei nicht schadstoffhaltig, so dass eine Kontamination des Bodens durch versickerndes Wasser ausgeschlossen sei.
 7. Wer trägt die Kosten für die Abbruchmaßnahme?
Die Kosten des Abbruchs werden vom Bauherrn, der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Mitte (GEG) getragen.
 8. Können die anzuwendenden Abbruchverfahren nicht bereits in der Ausschreibung festgelegt werden?
Für die Ausschreibung wird ein Musterverfahren nach öffentlichem Vergaberecht vorgeschrieben. Eine gesteuerte Ausschreibung ist danach nicht erlaubt, aber es können Zeit- und Grenzwertvorgaben gemacht werden.
 9. Mit welchen Schäden müssen Anwohner im schlimmsten Fall rechnen?
Sichtbare Risse seien möglich, die jedoch die Standfestigkeit der Gebäude erfahrungsgemäß nicht gefährden. Einzelne Schäden wie abgeplatzte Fliesen oder einzelne herunterfallende Dachziegel seien ebenfalls möglich.
 10. Ist der geplante Beginn der Abbrucharbeiten im Dezember realistisch?
Sofern das Genehmigungs- & Ausschreibungsverfahren nach Plan verlaufe, sei mit einem Start der Abbrucharbeiten im Dezember 2019 zu rechnen. Derzeit spräche nichts gegen

die Realisierung dieses Termins. Im Vorfeld, etwa Mitte November 2019, sei eine Anwohnerversammlung geplant.

Beschlussfassung:

Der vorliegende Entwurf zur Beschlussfassung wird ergänzt um folgende Punkte:

- Die GEG wird aufgefordert, alle Bäume durch geeignete Maßnahmen und in Rücksprache mit der Grünordnung SKUMS, während der Abbruchmaßnahme ausreichend zu schützen.
- Die GEG wird die letztlich angewandte(n) Methode(n) zum Abbruch des Bunkers den Anwohner*innen auf einer Anwohner*innen-Versammlung erläutern
- Es werden konkrete Arbeitszeiten, insbesondere für lärmintensive Arbeiten, festgelegt.

Die ergänzte Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gebracht

→ einstimmig angenommen

TOP 2: Weitere Beiratskonstituierung – Besetzung der Fachausschüsse

Die interfraktionell abgestimmten Ausschussbesetzungen werden verlesen und im Paket zur Abstimmung gestellt:

- **Koordinierungsausschuss**

GRÜNE: Steffen Eilers, Sonja Terlohr, Irmgard Lindenthal

LINKE: Helmut Kersting, Birgit Menz

SPD: Anke Kozlowski

CDU: Klaus-Peter Jonitz

Leben im Viertel: Stefan Schafheitlin-Derstadt

Die Partei: Aaron Teckemeier

FDP: Jürgen Schultz

- **Fachausschuss Bauen, Wohnen & öffentlicher Raum**

GRÜNE: Alexandra Werwath, Harald Klussmeier, Anna Kreuzer

LINKE: Christina Maria Müller, Peter Böhme

SPD: Rainer Ballnus

CDU: Christian Lueße

Leben im Viertel: Peter Altvater

Die Partei: N.N.

FDP: Jürgen Schultz

- **Soziales, Kultur & Wirtschaft:**

GRÜNE: Steffen Eilers, Frank Ballschmiede, Irmgard Lindenthal

LINKE: Annika Port, Simon Makhali

SPD: Oliver Schmolinski

CDU: Peter A. Kadach

Leben im Viertel: Maria Busch

Die Partei: Andreas Schmitz

FDP: Eva Fischer-Hausdorf

- **Bildung, Kinder & Jugend:**

GRÜNE: Alexandra Werwath, Sona Terlohr, Wolfram Sailer

LINKE: Astrid Schulz, Birgit Menz

SPD: Janne Herzog

CDU: Anne Jansen

Leben im Viertel: Wolfgang Frauenkron

Die Partei: N.N.

FDP: Katharina Ludewig

- **Mobilität & Klima**

GRÜNE: Markus Werner, Sona Terlohr, Jens Schabacher

LINKE: Helmut Kersting, Arne Hellenthal

SPD: Anke Kozlowski

CDU: Peter A. Kadach

Leben im Viertel: Karin Steiger

Die Partei: N.N.

FDP: Jürgen Schultz

- **Pauliner Marsch**

GRÜNE: Steffen Eilers, Alexandra Werwath, Anna Kreuzer

LINKE: Helmut Kersting, Birgit Menz

SPD: Bianca Wenke

CDU: Christian Lueße

Leben im Viertel: Petra Wessels

Die Partei: N.N.

FDP: Michael Pleus von Essen

- **Präventionsausschuss**

GRÜNE: Steffen Eilers, Harald Klussmeier, Karin Grafe

LINKE: Annika Port, Carmen Roland

SPD: Adrian Bothe

CDU: Klaus-Peter Jonitz

Leben im Viertel: Stefan Schafheitlin-Derstadt

Die Partei: N.N.

FDP: Jürgen Schultz

- **Controlling Ausschuss**

Helmut Kersting und Frank Ballschmiede

- **Partnerschaft für Demokratie**

Daniel de Olano

- **Seniorenvertretung**

Reinhard Werner und Dirk Mittermeier

Alle Ausschüsse werden einstimmig angenommen.

Die Beiratsvertretung für das Cliquenprojekt wird in Kürze benannt.

TOP 3: Fragen, Wünsche und Anregungen aus dem Stadtteil

- Herr Gericke vom *Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen* bittet den Beirat das Thema Einfachwohnungen, gegebenenfalls auch in Zusammenhang mit der Immobilie Humboldtstraße 94, weiter zu behandeln.
 - Der Beirat sagt zu, das Thema im Fachausschuss für Bauen, Wohnen und öffentlichen Raum aufzugreifen.
- Herr Altvater (Leben im Viertel) bittet um die Wiederaufnahme von § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung des vorherigen Beirats in die Geschäftsordnung des aktuellen Beirats.
 - Keine Gegenstimmen im Beirat. Die Behandlung im Koordinierungsausschuss wird zugesagt.
- Frau Müller von der StadtteilGenossenschaft Hulsberg spricht an, dass es fortan keinen gesonderten Projektausschuss für das Neue Hulsberg-Viertel mehr gebe und erkundigt sich danach, wie das Thema in Zukunft behandelt werden wird.
 - Der Beirat erläutert, dass Sachverhalte das Neue Hulsberg-Viertel betreffend künftig im Fachausschuss für Bauen, Wohnen und öffentlichen Raum behandelt werden. Sofern einzelne Sachverhalte zu komplex bzw. umfangreich werden, sind Sondersitzungen geplant.

TOP 4: Verschiedenes

Entfällt.

Sitzung beendet.

Vorsitz

Hellena Harttung

Sprecher Beirat ÖV

Steffen Eilers

Protokoll

Manuela Jagemann & Armin Willkomm